

II - 62 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 44/15

1979-07-03

A N F R A G E

der Abgeordneten Dipl.Ing. Riegler, Helga Wieser
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend Maßnahmen zur Verbesserung des Agraraußehandels

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik hängt mit der Außenhandelspolitik sehr eng zusammen. Diese Frage ist für die österreichischen Bauern besonders wichtig.

Der verlangsamte agrarische Strukturwandel auf Grund der verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen macht es für die österreichischen Bauern immer schwieriger, außerlandwirtschaftliche Dauerarbeitsplätze zu finden. Der technische Fortschritt im Agrarsektor hält aber weiter an und hebt damit die Produktionsmöglichkeiten. Die Inlandsnachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen wächst wesentlich schwächer als die Produktion.

Die Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, den jungen Menschen, die zufolge verringrigerer außerlandwirtschaftlicher Möglichkeiten zunehmend in der Land- und Forstwirtschaft eine Arbeit finden wollen, dabei zu helfen. Die österreichische Land- und Forstwirtschaft bietet im Produktionsbereich genügend Ansatzpunkte, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten oder auch neue zu schaffen.

Eine vermehrte Erzeugung setzt jedoch ausreichende Absatzmöglichkeiten, die in der Importsubstitution oder im Export gefunden werden müssen, voraus. Das agrarische Außenhandelsbilanzdefizit hat in den 70er-Jahren eine bereits unverant-

wortliche Höhe erreicht. Das Jahr 1977 hat ein Rekorddefizit von 13,74 Milliarden Schilling erbracht und im Jahre 1978 war das Defizit mit 12,11 Mrd. Schilling immer noch viel zu hoch. Die geringe Abnahme des agrarischen Außenhandelsbilanzdefizits im Jahre 1978 gegenüber dem Jahre 1977 ist hauptsächlich auf rückläufige Weltmarktpreise bei den Importen und das erstmalige Aufscheinen der großen Weizenexporte nach Polen in der Handelsstatistik zurückzuführen.

Niedrigere Importpreise und das Stagnieren der Exportpreise haben die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie weiter geschwächt. So stiegen beispielsweise die mengenmäßigen Einfuhren von 1977 auf 1978 bei Ölsaaten, tierischen und pflanzlichen Fetten und Ölen um 13 %, bei eiweißhaltigen Futtermitteln um 21 % sowie bei Bier um 24 %.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung die steigenden Importe von Ölsaaten und Eiweißfuttermitteln eindämmen?
- 2) Bei welchen landwirtschaftlichen Produkten bzw. Nahrungsmitteln (inkl. Konserven und Dauerbackwaren etc.) strebt die Regierung eine Importsubstitution an?
- 3) Welche außenhandelspolitischen Konzepte wird die Bundesregierung in der laufenden Gesetzgebungsperiode gegenüber den Europäischen Gemeinschaften, dem GATT etc. durchzusetzen versuchen?
- 4) Wird sich die Bundesregierung bemühen, eine Verankerung des Neutralitätsstatus von Österreich im GATT, ähnlich dem der Schweiz, zu erreichen?